



Industrietransformation aus einem Guss

Gemeinsames Thesenpapier zur Einordnung von Carbon Management als Teil einer umfassenden Klimastrategie

Nur mit dem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Hochlauf der Kreislauf- und Wasserstoffwirtschaft, Carbon Management und guter Arbeit stellen wir die deutsche Industrie zukunftsfest auf. Technische Lösungen verstehen sich als Ergänzung zu natürlichen Kohlenstoffsinken, die in Form intakter Ökosysteme massiv gestärkt werden müssen.

Die Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität ist von entscheidender Bedeutung für Deutschland als Wirtschaftsstandort der Zukunft und für hochwertige Beschäftigung. Sie muss gelingen, damit Deutschland nicht nur seiner nationalen, sondern auch internationalen klima- und sozialpolitischen Verantwortung gerecht wird.

Trotz der Unterschiede in unseren Positionen senden wir ein kollektives Signal: Eine neue, ganzheitliche Diskussion zur Industrietransformation, die neben dem Ausbau erneuerbarer Energie und dem Hochlauf der Kreislauf- und Wasserstoffwirtschaft auch CO₂-Abscheidung, Speicherung und Nutzung (CCS und CCU) umfasst, ist wichtig. Diese Diskussion muss auf wissenschaftlichen Szenarien basieren.

Wir sind davon überzeugt, dass nur im Dialog tragfähige Lösungen für dieses gesamtgesellschaftliche Vorhaben gefunden werden können. Deshalb halten wir im Rahmen der laufenden politischen Debatte um die Industrietransformation und Carbon Management Strategie des BMWK sowie die dazugehörigen ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen folgende Thesen übereinstimmend fest:

- **Grundsätze festlegen:** Wir stehen hinter dem Prinzip CO₂-Vermeidung und Reduktion vor Abscheidung. Dies erfordert Klimaschutzmaßnahmen wie Elektrifizierung, die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energie, den Hochlauf der Kreislauf- und erneuerbaren Wasserstoffwirtschaft, sowie die Stärkung natürlicher Senken. Eine Carbon Management Strategie sollte die Voraussetzungen schaffen, dass diese Maßnahmen durch den Einsatz von CCS und CCU nicht ausgebremst werden. Es ist richtig, CCS und CCU nun prioritär dort einzusetzen, wo CO₂-Emissionen nach aktuellem technischem Stand nicht vermieden werden können. Gleichzeitig müssen hohe ökologische und soziale Standards eingehalten werden. Die Industrie benötigt adäquate ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen bei der Transformation hin zur Klimaneutralität. Öffentliche Mittel sollten gezielt bereitgestellt werden, um private Investitionen auszulösen und in die Finanzierung der Transformation zu lenken. Dabei ist CCS und CCU nur einer von vielen und zugleich ein relevanter Baustein, um Teile des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu transformieren, die Klimaziele zu erreichen und langfristig hochwertige Beschäftigung zu sichern und auszubauen.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer:
R000534

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Keithstraße 1
10787 Berlin
www.dgb.de
T: +49 30 240 60-490

NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

Charitéstraße 3
10117 Berlin
www.NABU.de
T: +49 30 28 49 84-0

WWF Deutschland

Reinhardtstraße 18
10117 Berlin
www.wwf.de
T: +49 30 311777-206

- **Rahmenbedingungen zügig setzen:** Die Zeit drängt, sowohl um unsere Klimaziele einzuhalten als auch Entscheidungen für den Erhalt und die Transformation des Industriestandortes Deutschland herbeizuführen und somit sichere Zukunftsperspektiven für die Beschäftigten zu schaffen. Die Bundesregierung sollte daher mit der Carbon Management Strategie zeitnah Klarheit über die Zukunft von CCS und CCU schaffen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung benennen. Trotz der Dringlichkeit müssen Qualitätsstandards und Transparenz bei der Erarbeitung gewahrt werden. Hierbei muss auch eine enge Verknüpfung mit weiteren, für die Transformation wichtigen Strategien erfolgen.
- **Wirtschaftlichkeit ermöglichen:** Mittel- bis langfristig müssen sich selbst tragende grüne Märkte geschaffen werden, um die Transformation der Industrie und unseres Wirtschaftsstandortes zu stemmen. Die Bereitstellung von ausreichend Mengen an erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen und die zügige Umsetzung von grünen Leitmärkten sind hierbei wichtige Instrumente, die schnell vorangetrieben werden müssen. Grüne Leitmärkte können u.a. durch den Hebel der öffentlichen Beschaffung einen Umstieg auf grüne Produkte anreizen und so herbeiführen. Darüber hinaus müssen Fachkräftebedarfe frühzeitig erfasst und bei erwartbaren Engpässen schnell gegengesteuert werden.
- **Industrietransformation europäisch denken:** Auch auf europäischer Ebene stehen wichtige politische Entscheidungen zur zukünftigen Rolle von CCS und CCU-Technologien im Kontext der Industrietransformation an. Wir fordern eine enge Abstimmung zwischen Berlin und Brüssel bei der Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.
- **Strukturwandel in der Industrie sozial gerecht gestalten:** Die Einführung von neuen Produktions- und Dienstleistungsprozessen in Folge der Industrietransformation wird zu Strukturveränderungen in den Betrieben und Regionen führen. Es gilt, diesen Strukturwandel proaktiv zu gestalten, sozial- und arbeitsmarktpolitisch zu flankieren und neue Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Betriebliche und überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsprogramme sind ein entscheidendes Instrument, um die Beschäftigten für neue und auf die Zukunft ausgerichtete Arbeits- und Produktionsprozesse zu qualifizieren und somit für Sicherheit im Wandel zu sorgen.
- **Beteiligung, Akzeptanz und Transparenz sind entscheidend:** Der Ausbau erneuerbarer Energie und natürlicher Senken sowie der Aufbau der notwendigen Infrastruktur für die Industrietransformation, wie Netze und CO₂-Transportinfrastruktur für CCS und CCU, steht und fällt mit gesellschaftlicher Akzeptanz. Noch immer führt mangelhafte Kommunikation und Beteiligung zu Vertrauensverlusten in der Bevölkerung. Dies muss sich ändern, weshalb wir eine aktive und frühe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Länder und Kommunen fordern und bereit sind, unseren Beitrag wo möglich zu leisten. Zudem gilt es, die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben frühzeitig über die Gremien der Mitbestimmung zu beteiligen.

Gern stehen wir politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern – gemeinsam oder individuell – für einen Gedankenaustausch zur Verfügung.